

„Subventionsabbau: Abschaffung der Eigenheimförderung“

Der Kreishauptausschuss möge beschließen:

Die FDP Münster fordert die sofortige Abschaffung der Eigenheimförderung (Eigenheimzulage). Bestehende Zusagen werden noch erfüllt, neue jedoch nicht mehr erteilt.

BEGRÜNDUNG:

Die Eigenheimzulage ist eine Objektsubvention. Diese greift in die freie Preisbildung ein und verzerrt in nicht zu rechtfertigender Weise die marktwirtschaftlichen Koordinationsprozesse. Über die Form der Einkommensverwendung und des Vermögensaufbaus sollten einzig und allein die Privaten selbst entscheiden. Um hierbei volkswirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen treffen zu können, bedarf es eines funktionsfähigen Preissystems, das durch Objektsubventionen aller Art geschwächt wird.

Die mit der Eigenheimzulage bezweckte Umverteilungswirkung ist

- (a) ineffizient, da objekt- und nicht subjektbezogen, und
- (b) zweifelhaft, da ihre Inanspruchnahme ein bestimmtes Mindestvermögen voraussetzt.

Dieser Antrag richtet sich auf jedwede Form von Eigenheimsubventionen, unabhängig von Alt- oder Neubauten und unabhängig von der Anzahl der Kinder. Baukindergeld ist keine sinnvolle familienpolitische Fördermaßnahme. Dies ergibt sich schon aus der o.g. Umverteilungswirkung. Baukindergeld läuft letztlich darauf hinaus, dass auch Familien mit Kindern, die zur Miete wohnen, Familien mit Kindern, die sich ein Eigenheim leisten können, subventionieren sollen.

Die auf dem deutschen Immobilienmarkt derzeit in vielen Regionen herrschenden Angebotsüberschüsse (Wohnungsleerstand) sind ausdrücklich nicht Gegenstand der Begründung dieses Antrags. Zwar zeigen die bestehenden Marktungleichgewichte u. a. die verzerrenden, wohlfahrtsvernichtenden Wirkungen von Bausubventionen in plastischer Weise. Dieser Antrag geht aber gerade davon aus, dass solchen Marktungleichgewichten nicht durch staatliche Eingriffe in die freie Preisbildung begegnet werden sollte. In Zeiten von Wohnungsknappheit bestünde daher dieser Antrag in unveränderter Weise fort.